

No. 29008

**AUSTRIA
and
EUROPEAN PATENT ORGANISATION**

Agreement concerning the integration of the International Patent Documentation Center (INPADOC) into the European Patent Office (with appendix and exchanges of letters). Signed at Vienna on 2 July 1990

Authentic texts: German, English and French.

Registered by Austria on 1 July 1992.

**AUTRICHE
et
ORGANISATION EUROPÉENNE DES BREVETS**

Accord relatif à l'incorporation du Centre international de documentation de brevets (INPADOC) dans l'Office européen des brevets (avec annexe et échanges de lettres). Signé à Vienne le 2 juillet 1990

Textes authentiques : allemand, anglais et français.

Enregistré par l'Autriche le 1^{er} juillet 1992.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER EUROPÄISCHEN PATENTORGANISATION ÜBER DIE ÜBERNAHME DES INTERNATIONALEN PATENTDOKUMENTATIONSZENTRUMS (INPADOC) IN DAS EUROPÄISCHE PATENTAMT

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

und

DIE EUROPÄISCHE PATENTORGANISATION (nachstehend Organisation genannt)

gestützt auf das Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente vom 5. Oktober 1973 (nachstehend Übereinkommen genannt), insbesondere auf dessen Artikel 33 Absatz 4,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

(1) Das im Eigentum der INPADOC, Internationales Patentedokumentationszentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung (nachstehend Gesellschaft genannt) stehende Vermögen geht im Weg der Gesamtrechtsnachfolge mit Inkrafttreten dieses Abkommens in das Eigentum der Organisation über. Demzufolge tritt die Organisation unbeschadet Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 4 in alle von der Gesellschaft abgeschlossenen Verträge, Abkommen und Vereinbarungen ein.

(2) Die Organisation verzichtet auf die Zahlung ausstehender Einlagen auf das Stammkapital der Gesellschaft.

(3) Mit dem Übergang des Eigentums nach Absatz 1 ist die Gesellschaft aufgelöst. Die Republik Österreich übermittelt der Organisation einen von der Geschäftsführung zu diesem Zeitpunkt unterzeichneten Kontenabschluß und eine Rohbilanz der Gesellschaft. Eine Übergabebilanz wird in der Folge von den Vertragsparteien einvernehmlich festgestellt.

(4) Geschäftsführung und Aufsichtsrat der Gesellschaft gelten im Sinn des § 35 Absatz 1 des österreichischen Gesetzes vom 6. März 1906 (RGI. 58) über Gesellschaften mit beschränkter Haftung in der geltenden Fassung als entlastet.

(5) Die Vorschriften dieses Abkommens bilden keine Grundlage für den vorzeitigen Eintritt von Fälligkeiten oder für die Anerkennung von Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern der Gesellschaft; jeder dieser Gläubiger hat vielmehr seine Rechte nachzuweisen und seine Ansprüche zu begründen.

Artikel 2

(1) Das Europäische Patentamt erbringt den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Mitgliedstaaten der Weltor-

ganisation für geistiges Eigentum (WIPO) die Dienste, die zum Zweck eines weltweiten Patentdokumentationsdienstes in den Artikeln II und III des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der WIPO über die Errichtung eines Internationalen Patentdokumentationszentrums vom 2. Mai 1972 vorgesehen sind.

(2) In Fällen, in denen eine Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz nicht in der Lage ist oder nicht wünscht, ihr mit der Gesellschaft bestehendes Vertragsverhältnis mit der Organisation fortzusetzen oder ein Vertragsverhältnis mit ihr zu begründen, werden die in Absatz 1 genannten Dienste im Weg des Österreichischen Patentamts erbracht. Einzelheiten über die Durchführung werden vom Präsidenten des Europäischen Patentamts im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Österreichischen Patentamts festgelegt.

Artikel 3

(1) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens errichtet die Organisation in Wien eine Dienststelle des Europäischen Patentamts.

(2) Aufgabe der Dienststelle ist insbesondere die Erbringung von Diensten der in Artikel 2 bezeichneten Art. Der Dienststelle können weitere Aufgaben des Europäischen Patentamts übertragen werden.

(3) Zwischen der Republik Österreich und der Organisation wird ein Abkommen zur Ergänzung und Durchführung des Protokolls über Vorrechte und Befreiungen der Organisation so-

wie über den Sitz der Dienststelle geschlossen.

(4) Die Republik Österreich unterstützt die Organisation bei der Beschaffung geeigneter Räumlichkeiten für die Dienststelle.

Artikel 4

(1) Die Geschäftsführer und die bis zum Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis beschäftigten Angestellten der Gesellschaft werden auf ihren Antrag zu Beamten des Europäischen Patentamts ernannt. Die Ernennung erfolgt mit Wirkung vom Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

(2) Die Ernennungen nach Absatz 1 erfolgen unter gleichzeitiger Einweisung in die im Anhang zu diesem Abkommen vorgesehenen Planstellen. Bei der Auswahl der Planstelle wird die bei der Gesellschaft bis zum Inkrafttreten dieses Abkommens ausgeübte Tätigkeit berücksichtigt. Teilzeitbeschäftigte erwerben keinen Anspruch auf Vollzeitbeschäftigung.

(3) Die nach Absatz 1 ernannten Beamten werden in die erste Dienstaltersstufe der ihrer Planstelle entsprechenden Besoldungsgruppe eingestuft. Eine höhere als die erste Dienstaltersstufe kann zuerkannt werden, wenn dies bei entsprechender Anwendung der für Einstellungen bei dem Europäischen Patentamt geltenden Vorschriften nach Lage des Einzelfalls auf Grund der bei der Gesellschaft oder in einem vorhergehenden Arbeitsverhältnis

ausgeübten Tätigkeit und der Vorbildung angemessen erscheint.

(4) Soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist, gelten für die nach Absatz 1 ernannten Beamten ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens das Statut der Beamten des Europäischen Patentamts (Statut), die Versorgungsordnung für das Europäische Patentamt (Versorgungsordnung) sowie die hierzu erlassenen Durchführungsvorschriften. Artikel 13 des Statuts über die Probezeit findet keine Anwendung.

(5) Nach Absatz 1 ernannte Beamte, die bei der Gesellschaft eine tatsächliche Dienstzeit von mindestens fünf Jahren abgeleistet haben, haben abweichend von Artikel 7 der Versorgungsordnung auf Antrag Anspruch auf Ruhegehalt nach der Versorgungsordnung, wenn sie beim Europäischen Patentamt eine weitere tatsächliche Dienstzeit von mindestens fünf Jahren abgeleistet haben.

(6) Die nach ihrem Dienstvertrag mit der Gesellschaft bestehenden Ansprüche der Geschäftsführer auf Ruhegehalt und Versorgungsgenuß von Hinterbliebenen werden nach Maßgabe besonderer Vereinbarungen zwischen jedem der Geschäftsführer und dem Präsidenten des Europäischen Patentamts durch Anrechnung ruhegehaltsfähiger Dienstjahre im Sinn des Artikels 6 Absatz 1 der Versorgungsordnung abgegolten. Auf das Erfordernis einer tatsächlichen Min-

destdienstzeit bei der Gesellschaft im Sinn des Absatzes 5 kann im Weg dieser Vereinbarungen verzichtet werden. Für allfällige Berechnungen von Abgangsgeldern nach Artikel 11 Unterabsätze ii) und iii) der Versorgungsordnung gelten die nach Artikel 12 Absatz 1 der Versorgungsordnung für die Anrechnung einer entsprechenden Zahl ruhegehaltsfähiger Dienstjahre zu zahlenden Beträge als im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens an die Organisation abgeführt.

(7) Das Europäische Patentamt teilt den nach Absatz 1 antragsberechtigten Angestellten der Gesellschaft unverzüglich nach Unterzeichnung dieses Abkommens die für sie zutreffende Planstelle, Besoldungsgruppe und Dienstaltersstufe mit. Der Antrag auf Ernennung zum Beamten des Europäischen Patentamts ist schriftlich innerhalb eines Monats nach dem Tag zu stellen, an dem der Antragsberechtigte diese Mitteilung erhalten hat. Er gilt nur als gestellt, wenn er die unwiderrufliche Erklärung enthält, daß der Antragsteller der Beendigung seines Dienstvertrages mit der Gesellschaft im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens zustimmt.

(8) Die in Absatz 3 vorgesehene Einstufung und das in Absatz 7 vorgesehene Verfahren finden auf die Geschäftsführer der Gesellschaft nach Maßgabe der zwischen ihnen und dem Präsidenten des Europäischen Patentamts bei Unterzeichnung dieses Abkommens geschlossenen besonderen Vereinbarungen Anwendung.

(9) Bei Inkrafttreten dieses Abkommens bestehende Arbeitsverhältnisse von Personen, die nach Absatz 1 nicht antragsberechtigt sind oder die den Antrag auf Ernennung zum Beamten des Europäischen Patentamts nicht schriftlich innerhalb der in Absatz 7 vorgesehenen Frist gestellt haben, werden von der Organisation zu dem frühesten Zeitpunkt beendet, der nach dem für diese Arbeitsverhältnisse geltenden Recht zulässig ist.

(10) Beschwerden wegen Nichtbeachtung der personalrechtlichen Bestimmungen dieses Abkommens können von den nach Absatz 1 ernannten Beamten unter den gleichen Bedingungen wie Beschwerden wegen Nichtbeachtung des Status eingelegt werden. In den übrigen Fällen geht der Rechtsweg zu den zuständigen nationalen Gerichten.

Artikel 5

Streitigkeiten zwischen der Republik Österreich und der Organisation über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden, werden auf Antrag von einer Vertragspartei

einem Schiedsgericht bestehend aus drei Schiedsrichtern zur endgültigen Entscheidung unterbreitet. Ein Schiedsrichter wird vom hierfür gehörig bevollmächtigten Vertreter der Republik Österreich und ein weiterer vom Präsidenten des Europäischen Patentamts ernannt; diese beiden Schiedsrichter ernennen einen dritten Schiedsrichter, der als Vorsitzender tätig wird. Können sich die beiden ersten Schiedsrichter nicht binnen drei Monaten nach ihrer Ernennung auf die Wahl des dritten einigen, so hestellt der Präsident des Internationalen Gerichtshofs diesen Schiedsrichter auf Antrag der Republik Österreich oder der Organisation.

Artikel 6

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens wird durch Notenwechsel zwischen dem Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich und dem Präsidenten des Europäischen Patentamts festgelegt.

Geschehen zu Wien am 2. Juli 1990 in zwei Urschriften in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Republik Österreich:

SCHÜSSEL

Für die Europäische Patentorganisation:

BRAENDLI

ANHANG

Der nachstehende Stellenplan dient ausschließlich der Durchführung von Artikel 4 Absätze 2 und 7 des Abkommens. Nachfolgende Änderungen des Stellenplans erfolgen nach Maßgabe des Haushaltsplans der Organisation.

Verwaltungseinheit/lfd. Nr.	Besoldungsgruppe/Grundamtsbezeichnung
I. Technische Dienste	
1. Leiter der Verwaltungseinheit und Stellvertretender Leiter der Dienststelle	A 5 Direktor
2. Sekretariat	B 4 Verwaltungsinspektor
3. Stellvertreter	A 3 Verwaltungsrat II
4. Assistent	A 2 Verwaltungsrat I
5. Datenverwaltung	B 4 Verwaltungsinspektor
6. Datenverwaltung	B 2 Verwaltungssekretär
7. Bote	C 2 Amtsgehilfe II
8. Datenerfassung	B 2 Verwaltungssekretär
9. Datenerfassung	B 2 Verwaltungssekretär
10. Datenerfassung	B 2 Verwaltungssekretär
11. Übermittlung/Versand	C 2 Amtsgehilfe II
12. Übermittlung/Versand	C 2 Amtsgehilfe II
13. Programmierer	B 5 Verwaltungshauptinspektor
14. Operateur	B 5 Verwaltungshauptinspektor
15. Operateur	B 4 Verwaltungsinspektor
16. Operateur	B 4 Verwaltungsinspektor
17. Operateur	B 4 Verwaltungsinspektor
18. Korrektur	B 2 Verwaltungssekretär
19. Korrektur	B 2 Verwaltungssekretär
II. Rechts- und Vertragsangelegenheiten; Allgemeine Verwaltung	
1. Leiter der Verwaltungseinheit	A 5 Direktor
2. Sekretariat (vakant)	B 2 Verwaltungssekretär
3. Kasse/Beschaffungswesen	B 4 Verwaltungsinspektor
4. Buchhaltung/Besoldungswesen	B 3 Verwaltungshauptsekretär
5. Buchhaltung (Teilzeit 62,5%)	B 2 Verwaltungssekretär
6. Innerer Dienst	C 3 Amtsgehilfe III
7. Bote	C 2 Amtsgehilfe II
III. Datenaustausch und Zusammenarbeit mit Patentämtern; Mikroverfilmung	
1. Leiter der Verwaltungseinheit	A 4 (2) Direktionsassistent
2. Stellvertreter	A 3 Verwaltungsrat II
3. Sekretariat	B 2 Verwaltungssekretär
4. Sekretariat	B 2 Verwaltungssekretär
5. Leiter Mikroverfilmung	B 4 Verwaltungsinspektor
6. Produktion (Teilzeit 50%)	C 2 Amtsgehilfe II
7. Produktion (Teilzeit 50%)	C 2 Amtsgehilfe II
8. Produktion (Teilzeit 62,5%)	C 2 Amtsgehilfe II
IV. Vertrieb und Benutzerinformation	
1. Leiter der Verwaltungseinheit	A 4 Hauptverwaltungsrat
2. Assistent	B 4 Verwaltungsinspektor
3. Sekretariat	B 2 Verwaltungssekretär
4. Sekretariat	B 2 Verwaltungssekretär
5. Recherche	B 2 Verwaltungssekretär
6. Recherche	B 2 Verwaltungssekretär
7. Recherche	B 2 Verwaltungssekretär
8. Korrektur	B 2 Verwaltungssekretär
9. Korrektur (Teilzeit 62,5%)	B 2 Verwaltungssekretär

EXCHANGES OF LETTERS — ÉCHANGES DE LETTRES

I a

Wien, am 2. Juli 1990

Sehr geehrter Herr Präsident,

unter Bezugnahme auf das heute unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Patentorganisation über die Übernahme des Internationalen Patentdokumentationszentrums in das Europäische Patentamt beehre ich mich, Ihnen nachstehendes mitzuteilen:

Für die Zeit zwischen der Unterzeichnung des Abkommens und dessen Inkrafttreten wird in allen jenen Fällen das Einvernehmen zwischen der Republik Österreich als Eigentümer der INPADOC und dem Präsidenten des Europäischen Patentamtes hergestellt, in welchen die Geschäftsführung INPADOC's auf Grund des Gesellschaftsvertrages verpflichtet ist, vor Abschluß eines Vertrages die Genehmigung des Eigentümers oder die Zustimmung des Aufsichtsrates einzuholen. Für diese Zeit unterliegen darüber hinaus auch die Feststellung und die Auszahlung von Abfertigungen nach § 23 des österreichischen Angestelltengesetzes, die Änderung oder die Beendigung von Dienstverträgen und die Einstellung von zusätzlichem Personal dem genannten Einvernehmen.

Ferner wird dem Präsidenten des Europäischen Patentamtes nach Unterzeichnung des Abkommens vollständige Einsicht in sämtliche Geschäftsunterlagen INPADOC's gewährt.

Sollte dieser Vorschlag Ihre Zustimmung finden, so beehre ich mich, Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, vorzuschlagen, daß dieser Brief und Ihre zustimmende Antwort eine Vereinbarung zwischen den beiden Vertragspartnern bilden.

Ich gestatte mir, Sie, Herr Präsident, bei dieser Gelegenheit erneut meiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

SCHÜSSEL

II a

Wien, am 2. Juli 1990

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

ich bestätige den Empfang Ihres Briefes vom 2. Juli 1990, der folgenden Inhalt hat:

[See letter Ia — Voir lettre Ia]

Ich beehre mich, Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesminister, mitzuteilen, daß ich mit dem Inhalt dieses Briefes einverstanden bin und daß Ihr Brief und meine Antwort eine Vereinbarung zwischen den beiden Vertragspartnern bilden.

Ich gestatte mir, Sie, Herr Bundesminister, bei dieser Gelegenheit erneut meiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

BRAENDLI

I b

Wien, am 2. Juli 1990

Sehr geehrter Herr Präsident,

unter Bezugnahme auf das heute unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Patentorganisation über die Übernahme des Internationalen Patentdokumentationszentrums in das Europäische Patentamt beehre ich mich, Ihnen nachstehendes mitzuteilen:

Nach Auffassung der Republik Österreich schließt Artikel 2 Absatz 1 dieses Abkommens die Verpflichtung des Europäischen Patentamts ein, in die von ihm geführte Datenbank die ihm oder dem Österreichischen Patentamt auf Grund vertraglicher Vereinbarungen gelieferten Daten aller Patentdokumente aufzunehmen, die von einer Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines Mitgliedsstaats der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) veröffentlicht werden.

Sollte dieser Vorschlag Ihre Zustimmung finden, so beehre ich mich, Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, vorzuschlagen, daß dieser Brief und Ihre zustimmende Antwort eine gemeinsame Interpretation der fraglichen Vertragsbestimmung darstellt.

Ich gestatte mir, Sie, Herr Präsident, bei dieser Gelegenheit erneut meiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

SCHÜSSEL

II b

Wien, am 2. Juli 1990

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

ich bestätige den Empfang Ihres Briefes vom
2. Juli 1990, der folgenden Inhalt hat:

[See letter Ib — Voir lettre Ib]

Ich beehre mich, Ihnen, sehr geehrter Herr
Bundesminister, mitzuteilen, daß ich mit dem Inhalt
dieses Briefes einverstanden bin und daß Ihr Brief
und meine Antwort eine gemeinsame Interpretation
der fraglichen Vertragsbestimmung darstellt.

Ich gestatte mir, Sie, Herr Bundesminister, bei
dieser Gelegenheit erneut meiner ausgezeichneten
Hochachtung zu versichern.

BRAENDLI

AGREEMENT¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE EUROPEAN PATENT ORGANIZATION CONCERNING THE INTEGRATION OF THE INTERNATIONAL PATENT DOCUMENTATION CENTER (INPADOC) INTO THE EUROPEAN PATENT OFFICE

THE REPUBLIC OF AUSTRIA

and

THE EUROPEAN PATENT ORGANIZATION (hereinafter referred to as the Organization),

Having regard to the Convention on the Grant of European Patents of 5 October 1973² (hereinafter referred to as the Convention), and in particular Article 33, paragraph 4, thereof,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

(1) With the entry into force of this Agreement, the assets of „INPADOC, Internationales Patentedokumentationszentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ (hereinafter referred to as the Company) shall be transferred to the Organization as its universal successor in title. Accordingly, but without prejudice to Article 2, paragraph 2, and Article 4, the Organization shall become party to all contracts and agreements concluded by the Company.

(2) The Organization waives any claim to payment of outstanding contributions to the Company's capital.

(3) Upon transfer of its assets under paragraph 1 the Company is dissolved. The Republic of Austria shall forward to the Organization a closing statement of accounts signed by the executive management on the date of transfer, and a provisional balance sheet for the Company. A balance sheet showing the position on the date of transfer shall subsequently be adopted by common accord between the contracting parties.

(4) The Company's executive management and supervisory board shall be considered discharged within the meaning of Section 35, paragraph 1, of the Austrian Law of 6 March 1906 (R.GBl. 58) concerning limited liability companies, as currently worded.

(5) Nothing in this Agreement shall entail a foreclosure or constitute any acknowledgment whatsoever of debt vis-à-vis the Company's creditors, each of whom shall have to furnish evidence of his rights and substantiate his claims.

Article 2

(1) The European Patent Office shall perform for the central industrial property offices of the

¹ Came into force on 1 January 1991, the date determined by an exchange of notes, in accordance with article 6.

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 1065, p. 199.

Member States of the World Intellectual Property Organization (WIPO) the services for the purposes of a worldwide patent documentation service provided for in Articles II and III of the Agreement of 2 May 1972 between the Republic of Austria and WIPO concerning the establishment of an International Patent Documentation Center.¹

(2) Where a central industrial property office is unable or unwilling to pursue with the Organization an existing contractual relationship with the Company or to enter into such a relationship with the former, the services referred to in paragraph 1 shall be performed through the Austrian Patent Office. The relevant arrangements shall be determined by the President of the European Patent Office in agreement with the President of the Austrian Patent Office.

Article 3

(1) With the entry into force of this Agreement the Organization shall establish a sub-office of the European Patent Office in Vienna.

(2) The task of the sub-office shall in particular be to perform services of the kind referred to in Article 2. Other tasks of the European Patent Office may also be assigned to the sub-office.

(3) The Republic of Austria and the Organization shall conclude

an agreement supplementing and implementing the Protocol on Privileges and Immunities of the Organization² and concerning the headquarters of the sub-office.³

(4) The Republic of Austria shall assist the Organization in obtaining suitable premises for the sub-office.

Article 4

(1) The Company's executive managers and salaried employees („Angestellten“ within the meaning of the Austrian Law on salaried employees) who are on permanent contracts when this Agreement enters into force shall be appointed permanent employees of the European Patent Office upon their request. Appointment shall take effect on the date this Agreement enters into force.

(2) Staff appointed under paragraph 1 shall simultaneously be assigned to the posts listed in the appendix to this Agreement, taking into account their duties at the Company before the Agreement entered into force. Part-time staff shall have no entitlement to full-time employment.

(3) Permanent employees appointed under paragraph 1 shall be assigned step 1 in the grade carried by their post. A higher step may be assigned if, given the provisions governing recruitment to the European Patent Office

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1655, No. 1-28476.

² *Ibid.*, vol. 1065, p. 199.

³ *Ibid.*, vol. 1655, No. 1-28477.

and the circumstances of the particular case, this seems appropriate in the light of the individual's qualifications and the duties performed with the Company or a previous employer.

(4) Except where this Agreement provides otherwise, as from entry into force of this Agreement the Service Regulations for permanent employees of the European Patent Office (Service Regulations), the Pension Scheme Regulations of the European Patent Office (Pension Scheme Regulations) and their implementing rules shall apply to permanent employees appointed under paragraph 1. Article 13 of the Service Regulations concerning the probationary period shall not apply.

(5) Notwithstanding Article 7 of the Pension Scheme Regulations, permanent employees appointed under paragraph 1 and with at least five years' effective service at the Company shall be entitled on request to a retirement pension under those Regulations after at least a further five years' effective service with the European Patent Office.

(6) In lieu of the retirement and survivors' pension rights acquired under their contracts with the Company the executive managers shall be credited with reckonable years of service within the meaning of Article 6, paragraph 1, of the Pension Scheme Regulations in accordance with separate agreements between each executive manager and the President of the European Patent Office. Such agreements may dispense with the

requirement of a minimum period of effective service at the Company under paragraph 5. In calculating any severance grants under Article 11, sub-paragraphs (ii) and (iii) of the Pension Scheme Regulations, the amounts payable under Article 12, paragraph 1, of the Pension Scheme Regulations for the crediting of a corresponding number of reckonable years of service shall be considered as paid to the Organization upon entry into force of this Agreement.

(7) As soon as possible after signature of this Agreement the European Patent Office shall indicate to each salaried employee of the Company entitled to request appointment under paragraph 1 the post, grade and step applicable in his case. The request for appointment as a permanent employee of the European Patent Office must be made in writing within one month of the date of receipt of this information, and is valid only if it contains an irrevocable declaration that the requester assents to termination of his contract of employment with the Company upon entry into force of this Agreement.

(8) For the Company's executive managers, assignment of grade and step under paragraph 3 and the procedure under paragraph 7 shall be regulated by the separate agreements concluded between them and the President of the European Patent Office when this Agreement is signed.

(9) Persons still employed when this Agreement enters into force and not entitled to request appointment under paragraph 1, or

who within the period under paragraph 7 have made no written request for appointment as permanent employees of the European Patent Office, shall have their employment terminated by the Organization as soon as is permissible under the law applicable.

(10) Appeals alleging non-compliance with the employment-related provisions of this Agreement may be filed by permanent employees appointed under paragraph 1 under the same conditions as appeals alleging non-compliance with the Service Regulations. For all other matters, national courts shall have jurisdiction.

Article 5

Any dispute between the Republic of Austria and the Organization concerning the interpretation or application of this Agreement which is not settled by negotiation shall at the request of either contracting party be referred for final decision to an arbitration tribunal consisting of

three members. One arbitrator shall be nominated by the duly authorised representative of the Republic of Austria and one by the President of the European Patent Office; these two arbitrators shall then nominate a third who shall chair the arbitration tribunal. If the first two arbitrators fail to agree within three months after their nomination on the nomination of the third, he shall be nominated by the President of the International Court of Justice at the request of the Republic of Austria or the Organization.

Article 6

The date on which this Agreement enters into force shall be determined by an exchange of notes between the Federal Minister for Foreign Affairs of the Republic of Austria and the President of the European Patent Office.

Done at Vienna, on 2 July 1990 in two originals in each of the English, French and German languages, all three texts being equally authentic.

For the Republic of Austria:

SCHÜSSEL

Für the European Patent Organization:

BRAENDLI

APPENDIX

The table of posts below serves solely to implement Article 4, paragraphs 2 and 7, of the Agreement. Subsequent amendments will be effected under the terms of the Organisation's budget.

Administrative unit/Serial No.	Grade/Basic post
I. Technical Services	
1. Head of unit and deputy head of sub-office	A 5 Director
2. Secretariat	B 4 Administrative officer
3. Deputy	A 3 Administrator II
4. Assistant	A 2 Administrator I
5. Data administration	B 4 Administrative officer
6. Data administration	B 2 Clerk
7. Messenger	C 2 Employee II
8. Data capture	B 2 Clerk
9. Data capture	B 2 Clerk
10. Data capture	B 2 Clerk
11. Distribution/despatch	C 2 Employee II
12. Distribution/despatch	C 2 Employee II
13. Programmer	B 5 Senior administrative officer
14. Operator	B 5 Senior administrative officer
15. Operator	B 4 Administrative officer
16. Operator	B 4 Administrative officer
17. Operator	B 4 Administrative officer
18. Correction	B 2 Clerk
19. Correction	B 2 Clerk
II. Legal Affairs and Contracts; General Administration	
1. Head of unit	A 5 Director
2. Secretariat (vacant)	B 2 Clerk
3. Cashier/procurement	B 4 Administrative officer
4. Book-keeping/remuneration	B 3 Administrative officer
5. Book-keeping (part-time 62.5%)	B 2 Clerk
6. Internal services	C 3 Employee III
7. Messenger	C 2 Employee II
III. Data Exchange and Co-operation with Patent Offices; Microfilming	
1. Head of unit	A 4 (2) Directorate assistant
2. Deputy	A 3 Administrator II
3. Secretariat	B 2 Clerk
4. Secretariat	B 2 Clerk
5. Head of microfilming	B 4 Administrative officer
6. Production (part-time 50%)	C 2 Employee II
7. Production (part-time 50%)	C 2 Employee II
8. Production (part-time 62.5%)	C 2 Employee II
IV. Distribution and User Information	
1. Head of unit	A 4 Principal administrator
2. Assistant	B 4 Administrative officer
3. Secretariat	B 2 Clerk
4. Secretariat	B 2 Clerk
5. Search	B 2 Clerk
6. Search	B 2 Clerk
7. Search	B 2 Clerk
8. Correction	B 2 Clerk
9. Correction (part-time 62.5%)	B 2 Clerk

EXCHANGES OF LETTERS

I a

Vienna, 2 July 1990

Sir,

With reference to the Agreement signed today between the Republic of Austria and the European Patent Organisation on the integration of the International Patent Documentation Center (INPADOC) into the European Patent Office, I have the honour to inform you as follows:

For the period between signature and entry into force of the Agreement, the Republic of Austria as proprietor of INPADOC and the President of the European Patent Office shall come to terms wherever INPADOC's executive management is obliged under the articles of association to secure the approval of INPADOC's proprietor or supervisory board before concluding a contract. During said period the same shall also apply in respect of the calculation and payment of compensation payable under Section 23 of the Austrian Law on Salaried Employees, the amendment or termination of employment contracts and the appointment of additional staff.

The President of the European Patent Office shall further enjoy, as from signature of the Agreement, full access to all INPADOC's records.

Should this proposal meet with your approval, I have the honour to propose that the present letter and your reply approving it constitute an agreement between the two contracting parties.

Yours sincerely,

SCHÜSSEL

II a

Vienna, 2 July 1990

Sir,

I acknowledge receipt of your letter dated 2 July 1990 and reading as follows:

[See letter Ia]

I have the honour to inform you that I agree with the contents of that letter, and that your letter and my reply constitute an agreement between the two contracting parties.

Yours sincerely,

BRAENDLI

I b

Vienna, 2 July 1990

Sir,

With reference to the Agreement signed today between the Republic of Austria and the European Patent Organization on the integration of the International Patent Documentation Center into the European Patent Office, I have the honour to inform you as follows:

The Republic of Austria takes the view that Article 2, paragraph 1, of the Agreement includes the obligation on the part of the European Patent Office to record in its database the data of all patent documents supplied to it or the Austrian Patent Office under contractual agreements and published by a central industrial property office of a Member State of the World Intellectual Property Organization (WIPO).

Should this proposal meet with your approval, I have the honour to suggest that the present letter and your reply approving it constitute a common interpretation of the provision in question.

Yours sincerely,

SCHÜSSEL

II *b*

Vienna, 2 July 1990

Sir,

I acknowledge receipt of your letter dated 2 July 1990 and reading as follows:

[*See letter Ib*]

I have the honour to inform you that I agree with the contents of that letter, and that your letter and my reply constitute a common interpretation of the provision in question.

Yours sincerely,

BRAENDLI

ACCORD¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET L'ORGANISATION EUROPÉENNE DES BREVETS RELATIF À L'INCORPORATION DU CENTRE INTERNATIONAL DE DOCUMENTATION DE BREVETS (INPADOC) DANS L'OFFICE EUROPÉEN DES BREVETS

LA REPUBLIQUE D'AUTRICHE

et

L'ORGANISATION EUROPÉENNE DES BREVETS (ci-après dénommée Organisation),

vu la Convention sur la délivrance de brevets européens du 5 octobre 1973² (ci-après dénommée Convention), et notamment son article 33, paragraphe 4,

SONT CONVENUES DE CE QUI SUIT:

Article premier

(1) Les biens d'INPADOC, „Internationales Patentdokumentationszentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ (ci-après dénommé la Société), sont transmis par voie de succession à titre universel à l'Organisation à la date de l'entrée en vigueur du présent Accord. Sans préjudice des dispositions de l'article 2, paragraphe 2 et de l'article 4, l'Organisation devient en conséquence partie à tous les contrats, accords et conventions conclus par la Société

(2) L'Organisation renonce aux parts sociales non encore libérées de la Société.

(3) La Société est dissoute à la date de la transmission des biens prévue au paragraphe 1. La République d'Autriche remet à l'Organisation un arrêté de comptes signé à cette date par les gérants et un bilan provisoire de la Société. Un bilan de transfert sera par la suite arrêté d'un commun accord par les parties contractantes.

(4) Les gérants et le Conseil de surveillance de la Société sont réputés avoir reçu décharge au sens de l'article 35, paragraphe 1 de la loi autrichienne du 6 mars 1906 sur les sociétés à responsabilité limitée (R.G.B.I. 58), dans le texte en vigueur.

(5) Les dispositions du présent Accord ne sauraient entraîner une déchéance de terme, ni constituer une quelconque reconnaissance de dette à l'égard des créanciers de la Société, chacun de ces créanciers étant tenu d'établir ses droits et de justifier de ses titres.

Article 2

(1) L'Office européen des brevets fournit aux services centraux de la propriété industrielle des Etats membres de l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle (OMPI) les services qui sont

¹ Entré en vigueur le 1^{er} janvier 1991, date fixée par un échange de notes, conformément à l'article 6.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1065, p. 199.

prévus aux fins d'un service mondial de documentation de brevets aux articles II et III de l'Accord du 2 mai 1972 entre la République d'Autriche et l'OMPI concernant l'établissement d'un Centre international de documentation de brevets¹.

(2) Dans les cas où un service central de la propriété industrielle n'est pas en mesure ou n'est pas désireux de poursuivre avec l'Organisation les relations contractuelles qu'il entretient avec la Société ni d'établir de telles relations avec l'Organisation, les services visés au paragraphe 1 sont fournis par l'intermédiaire de l'Office autrichien des brevets. Le Président de l'Office européen des brevets et le Président de l'Office autrichien des brevets arrêtent d'un commun accord les modalités d'application correspondantes.

Article 3

(1) A la date de l'entrée en vigueur du présent Accord, l'Organisation crée à Vienne une agence de l'Office européen des brevets.

(2) L'agence a notamment pour tâche de fournir des services du type de ceux visés à l'article 2. D'autres tâches incombant à l'Office européen des brevets peuvent également lui être attribuées.

(3) La République d'Autriche et l'Organisation concluent un accord visant à compléter et exécuter les dispositions du protocole

sur les privilèges et immunités de l'Organisation², et relatif au siège de l'agence³.

(4) La République d'Autriche assiste l'Organisation pour l'acquisition de locaux adéquats pour l'agence.

Article 4

(1) Les gérants et le personnel de la Société employé (au sens de la loi autrichienne sur les employés) sur la base de contrats de travail à durée indéterminée à la date de l'entrée en vigueur du présent Accord sont nommés, à leur demande, fonctionnaires de l'Office européen des brevets. La nomination prend effet à la date de l'entrée en vigueur du présent Accord.

(2) Les fonctionnaires nommés conformément au paragraphe 1 sont dans le même temps affectés aux emplois prévus en annexe au présent Accord. L'activité exercée dans la Société avant l'entrée en vigueur du présent Accord est prise en considération pour l'affectation à un emploi. Les personnes exerçant leurs fonctions à temps partiel ne pourront prétendre à un emploi à temps plein.

(3) Les fonctionnaires nommés conformément au paragraphe 1 sont classés dans le premier échelon du grade correspondant à leur emploi. Il peut leur être attribué un échelon plus élevé si dans un cas donné, par application des dispositions régissant le recru-

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1655, n° I-28476.

² *Ibid.*, vol. 1065, p. 199.

³ *Ibid.*, vol. 1655, n° I-28477.

tement à l'Office européen des brevets, un tel classement apparaît équitable du fait de la formation du fonctionnaire et de l'activité exercée dans la Société ou dans le cadre d'une relation de travail antérieure.

(4) Sauf s'il en est disposé autrement par le présent Accord, le statut des fonctionnaires de l'Office européen des brevets (statut), le règlement de pensions de l'Office européen des brevets (règlement de pensions) ainsi que leurs dispositions d'application sont applicables à compter de la date de l'entrée en vigueur du présent Accord aux fonctionnaires nommés conformément au paragraphe 1. L'article 13 du statut régissant le stage n'est pas applicable.

(5) Les fonctionnaires nommés conformément au paragraphe 1 qui ont accompli dans la Société au moins cinq années de service effectif ont droit sur demande, par dérogation à l'article 7 du règlement de pensions, à une pension d'ancienneté au sens du règlement de pensions lorsqu'ils ont accompli à l'Office européen des brevets au moins cinq années de service effectif supplémentaires.

(6) Aux droits à pension d'ancienneté et à pension de leurs survivants acquis par les gérants au titre des contrats de travail les liant à la Société se substitue, selon les modalités prévues dans les conventions particulières entre chacun des gérants et le Président de l'Office européen des brevets, une validation d'annuités au sens de l'article 6, paragraphe 1 du règlement de pensions. Dans ces conventions, il peut être renoncé à

exiger qu'une durée minimale de service effectif ait été accomplie dans la Société au sens du paragraphe 5. Aux fins du calcul d'éventuelles allocations de départ en application de l'article 11, alinéas ii) et iii) du règlement de pensions, les sommes à payer conformément à l'article 12, paragraphe 1 du règlement de pensions pour la prise en compte du nombre correspondant d'annuités sont réputées versées à l'Organisation à la date de l'entrée en vigueur du présent Accord.

(7) L'Office européen des brevets fait connaître dès que possible après la signature du présent Accord aux employés de la Société remplissant les conditions prévues au paragraphe 1 pour présenter une demande de nomination l'emploi, le grade et l'échelon auxquels ils peuvent prétendre. La demande de nomination en qualité de fonctionnaire de l'Office européen des brevets doit être présentée par écrit dans le délai d'un mois à compter de la date à laquelle ces informations ont été portées à la connaissance de l'intéressé. Elle n'est réputée présentée que si elle contient une déclaration irrévocable selon laquelle le demandeur accepte qu'il soit mis fin, à la date de l'entrée en vigueur du présent Accord, au contrat de travail qui le lie à la Société.

(8) Le classement prévu au paragraphe 3 et la procédure prévue au paragraphe 7 sont applicables aux gérants de la Société selon les modalités prévues dans les conventions particulières passées entre eux et le Président de l'Office européen des brevets

lors de la signature du présent Accord.

(9) L'Organisation met fin aux contrats de travail, tels qu'ils existent à la date de l'entrée en vigueur du présent Accord, des personnes qui ne remplissent pas les conditions prévues au paragraphe 1 pour présenter une demande de nomination ou qui n'ont pas présenté par écrit de demande de nomination en qualité de fonctionnaire de l'Office européen des brevets dans le délai prévu au paragraphe 7, dès que le droit applicable à ces contrats le permet.

(10) Les recours contre l'inobservation des dispositions relatives à la situation juridique du personnel prévues par le présent Accord pourront être introduits par les fonctionnaires nommés conformément au paragraphe 1 dans les mêmes conditions que ceux contre l'inobservation du statut. Les autres actions devront être intentées devant les juridictions nationales compétentes.

Article 5

Si un différend entre la République d'Autriche et l'Organisation concernant l'interprétation ou l'application du présent Accord

n'est pas réglé par voie de négociations, il est soumis pour décision définitive, à la demande de l'une des parties contractantes, à un tribunal d'arbitrage composé de trois arbitres. Un arbitre est nommé par le Président de l'Office européen des brevets, un autre par le représentant dûment habilité à cet effet de la République d'Autriche; ces deux arbitres nomment un troisième arbitre, qui assume la présidence. Si les deux premiers arbitres ne parviennent pas à s'entendre sur la nomination du troisième dans un délai de trois mois à compter de leur nomination, le choix de l'arbitre est effectué, à la requête de la République d'Autriche ou de l'Organisation, par le Président de la Cour Internationale de Justice.

Article 6

La date d'entrée en vigueur du présent Accord est fixée par échange de notes entre le ministre fédéral des affaires étrangères de la République d'Autriche et le Président de l'Office européen des brevets.

Fait à Vienne, le 2 juillet 1990 en double exemplaire en langues allemande, anglaise et française, les trois textes faisant également foi.

Pour la République d'Autriche :

SCHÜSSEL

Pour l'Organisation européenne des brevets :

BRAENDLI

ANNEXE

Le tableau des effectifs ci-après doit servir exclusivement à la mise en application de l'article 4, paragraphes 2 et 7 de l'Accord. Les modifications ultérieures seront apportées selon les modalités prévues par le budget de l'Organisation.

Unité administrative/n°	Grade/Emploi-type
I. Services techniques	
1. Chef de l'unité administrative et chef adjoint de l'agence	A 5 Directeur
2. Secrétariat	B 4 Assistant administratif
3. Adjoint	A 3 Administrateur II
4. Assistant	A 2 Administrateur I
5. Gestion des données	B 4 Assistant administratif
6. Gestion des données	B 2 Commis
7. Huissier	C 2 Agent II
8. Saisie des données	B 2 Commis
9. Saisie des données	B 2 Commis
10. Saisie des données	B 2 Commis
11. Transmission/Expédition	C 2 Agent II
12. Transmission/Expédition	C 2 Agent II
13. Programmeur	B 5 Assistant administratif principal
14. Opérateur	B 5 Assistant administratif principal
15. Opérateur	B 4 Assistant administratif
16. Opérateur	B 4 Assistant administratif
17. Opérateur	B 4 Assistant administratif
18. Corrections	B 2 Commis
19. Corrections	B 2 Commis
II. Affaires juridiques et contrats; Administration générale	
1. Chef de l'unité administrative	A 5 Directeur
2. Secrétariat (vacant)	B 2 Commis
3. Caisse/service des achats	B 4 Assistant administratif
4. Comptabilité/Rémunérations	B 3 Commis administratif
5. Comptabilité (temps partiel 62,5%)	B 2 Commis
6. Service intérieur	C 3 Agent III
7. Huissier	C 2 Agent II
III. Echange de données et coopération avec les offices de brevets; microfilmage	
1. Chef de l'unité administrative	A 4 (2) Assistant de direction
2. Adjoint	A 3 Administrateur II
3. Secrétariat	B 2 Commis
4. Secrétariat	B 2 Commis
5. Chef du service de microfilmage	B 4 Assistant administratif
6. Production (temps partiel 50%)	C 2 Agent II
7. Production (temps partiel 50%)	C 2 Agent II
8. Production (temps partiel 62,5%)	C 2 Agent II
IV. Vente et information des utilisateurs	
1. Chef de l'unité administrative	A 4 Administrateur principal
2. Assistants	B 4 Assistant administratif
3. Secrétariat	B 2 Commis
4. Secrétariat	B 2 Commis
5. Recherche	B 2 Commis
6. Recherche	B 2 Commis
7. Recherche	B 2 Commis
8. Corrections	B 2 Commis
9. Corrections (temps partiel 62,5%)	B 2 Commis

ÉCHANGES DE LETTRES

I a

Vienne, le 2 juillet 1990

Monsieur le Président,

Me référant à l'Accord signé ce jour entre la République d'Autriche et l'Organisation européenne des brevets, accord relatif à l'incorporation du Centre international de documentation de brevets dans l'Office européen des brevets, j'ai l'honneur de vous faire savoir que :

Pour la période comprise entre la signature de l'Accord et son entrée en vigueur, la République d'Autriche en sa qualité de propriétaire d'INPADOC et le Président de l'Office européen des brevets s'accorderont dans tous les cas où les gérants d'INPADOC sont tenus, aux termes du contrat de société d'INPADOC, d'obtenir l'approbation du propriétaire ou le consentement du Conseil de surveillance d'INPADOC avant de passer un contrat. Ils s'accorderont également sur le calcul et le versement des indemnités prévues à l'article 23 de la loi autrichienne sur les employés, sur la modification ou la résiliation de contrats de travail ainsi que sur le recrutement de personnel supplémentaire.

En outre, le Président de l'Office européen des brevets pourra après la signature de l'Accord consulter tous les documents d'INPADOC dans leur intégralité.

Pour le cas où cette proposition recueillerait votre agrément, j'ai l'honneur de vous suggérer, Monsieur le Président, que la présente lettre ainsi que votre réponse valent convention entre les deux parties contractantes.

Je vous prie d'agréer, Monsieur le Président l'expression de ma très haute considération.

SCHÜSSEL

II a

Vienne, le 2 juillet 1990

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre du 2 juillet 1990, dont la teneur est reproduite ci-après:

[Voir lettre Ia]

J'ai l'honneur de vous faire savoir, Monsieur le Ministre, que j'approuve le contenu de cette lettre, et que votre lettre et ma réponse valent convention entre les deux parties contractantes.

Je vous prie d'agréer Monsieur le Ministre, l'expression de ma très haute considération.

BRAENDLI

I b

Vienne, le 2 juillet 1990

Monsieur le Président,

Me référant à l'Accord signé ce jour entre la République d'Autriche et l'Organisation européenne des brevets, accord relatif à l'incorporation du Centre international de documentation des brevets dans l'Office européen des brevets, j'ai l'honneur de vous faire savoir que:

De l'avis de la République d'Autriche, l'article 2, paragraphe 1 du présent Accord implique l'obligation pour l'Office européen des brevets d'intégrer dans sa banque de données les données qui concernent tous les documents de brevets publiés par un service central de la propriété industrielle d'un Etat membre de l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle (OMPI) et qui lui sont fournies ou qui sont fournies à l'Office autrichien des brevets en exécution d'accords.

Pour le cas où cette proposition recueillerait votre agrément, j'ai l'honneur de vous suggérer, Monsieur le Président, que cette lettre ainsi que votre réponse constituent une interprétation commune des dispositions en cause dudit Accord.

Je vous prie d'agréer, Monsieur le Président l'expression de ma très haute considération.

SCHÜSSEL

II b

Vienne, le 2 juillet 1990

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre du 2 juillet 1990, dont la teneur est reproduite ci-après:

[See letter Ib]

J'ai l'honneur de vous faire savoir, Monsieur le Ministre, que j'approuve le contenu de cette lettre et que votre lettre et ma réponse constituent une interprétation commune des dispositions en cause dudit Accord.

Je vous prie d'agréer, Monsieur le Ministre, l'expression de ma très haute considération.

BRAENDLI